

**Antrag:**

**Antragstellerin:** AfA Baden-Württemberg

**Empfänger:** SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

**Betr.:** Mehr Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns und  
Erhöhung des Personals beim Zoll

**Mehr Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns und Erhöhung des Personals beim Zoll**

Noch immer sind mehr als 10 % der vorgesehenen Planstellen im Bereich des Zolls zur Kontrolle des Mindestlohns nicht besetzt.

Dies ist für die SPD ein unzumutbarer Zustand, den es zu verbessern gilt!

Aus diesem Grund fordern wir, mehr Zollbeamt\*innen auszubilden, um die Zahl der Kontrollen erhöhen zu können.

**Begründung:**

Im ersten Halbjahr 2017 wurden laut Bundesministerium 2.433 Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil Arbeitgeber den gesetzlichen Mindestlohn oder die in bestimmten Branchen üblichen Mindestlöhne nicht zahlten.

Derzeit sind nach früheren Angaben des Ministeriums von den gut 7.200 Planstellen für das Jahr 2017 mehr als 900 nicht besetzt. 1.600 zusätzliche Planstellen sind wegen der Einführung des Mindestlohns vorgesehen. Diese werden aber erst nach und nach in den nächsten Jahren besetzt, da die neuen Beamten erst auszubilden sind. Der Chef der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft, Dieter Dewes, fordert sogar 2.500 zusätzliche Kontrolleure. Er sieht ein "erhebliches Personaldefizit". Negativ wirke sich dies besonders im Kampf gegen organisierte Kriminalität aus. Man brauche Zeit und Personal, um Ermittlungen zu Ende zu führen, bei denen es um "organisierte Formen von Schwarzarbeit" gehe, sagte er der SZ.

Die "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" (FKS) des Zolls hat 2017 bei ihren Prüfungen deutlich mehr Verstöße gegen die in Deutschland geltenden Mindestlöhne aufgedeckt. Die Zollbeamten kontrollieren, ob Arbeitgeber die Mindestlöhne einhalten, Schwarzarbeiter beschäftigen und Sozialversicherungsbeiträge korrekt bezahlen. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit prüfe verstärkt nach dem Grundsatz "Qualität vor Quantität". Ziel sei dabei, mehr als früher "die Bereiche und Branchen ins Visier zu nehmen, in denen am ehesten mit Schwarzarbeit und Mindestlohnverstößen zu rechnen ist und so die besonders großen Betrugsfälle aufzudecken". Dies führe "zu mehr Ermittlungsverfahren und zu einer Zunahme der festgesetzten Schadenssummen", sagte der Ministeriumssprecher. Auch die Höhe des verhängten Bußgelds erhöhte sich demnach deutlich: Wegen des Nichteinhaltens von Mindestlöhnen wurden 2017 bis Mitte des Jahres Bußgelder von fast 19 Millionen Euro fällig.